Donnerstag, den 19. Juni 1924. | Einzelnummer: 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 31. | Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 10 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt. | Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich. | 2. Jahrg.

Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch.

(Von unserem parlamentarischen E. Z.-Mitarbeiter.)

Die Behauptungen des Premier- und Finanzministers Grabski zum Haushaltsplan, daß es bei uns im Lande noch lange nicht so schlecht sei, wie er bei Inangriffnahme der Finanzsanierung angenommen habe und die Erklärung, die wirtschaftliche Lage Polens sei nicht trostlos, hat nicht nur den Sejm, sondern das ganze Land in Staunen versetzt. Die Stellung der Parteien zum Grabskischen Expose hat seine Begründung darin, daß das Grabski-Kabinett ein außerparlamentarisches ist, für das keine Partei die Verantwortung übernommen hat oder übernehmen will. Damit ist der Umstand zu erklären, daß Grabski von allen Parteien kritisiert wurde. Jede Partei hatte etwas an den Grabskischen Behauptungen und Plänen auszusetzen. Nur in der Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage des Staates konnte Grabski von einzelnen Parteien Lob ernten.

Dagegen hatten die Redner aller Parteien in den die Sanierung begleitenden Nebenerscheinungen genügend Material, im Interesse ihrer Wähler Klage zu üben. Die Parteien des Bauerntums („Piast", „Bryl-Pluta-Gruppe", „Wyzwolenie", „Okongruppe", Ukrainer und Weißrussen) führten in ihren Stellungnahmen die großen Nöte der Bauernschaft an. Die Lage gestaltet sich bei den Kleinbauern derart, daß der Bauer heute durch den Verkauf seiner Erzeugnisse nicht so viel aufbringt, wieviel seine Arbeitskraft wert ist. Wenn auch die Bauernparteien in politischer Beziehung eine grundverschiedene Einstellung haben, so hatten sie sämtlich in der Beurteilung der Lage der Bauernschaft keine Unterschiede.

Die Arbeiterparteien hatten das größte Anrecht, die Grabskischen Ausführungen und seine Anordnungen der letzten Wochen einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Die gesamte Arbeiterschaft ist durch die Krise in der Industrie vor den wirtschaftlichen Ruin gestellt. Die Zahlen der Arbeitslosigkeit, die Grabski nannte (95,000 Arbeitslose in ganz Polen), wurde scharf als unreal kritisiert. Grabski hatte nur die in Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen berücksichtigt, ohne daran zu denken, daß es eine viel größere Zahl nicht registrierter Arbeitsloser in Polen gibt. Die Hunderttausenden Kurzarbeiter aber sind von dem Premierminister ganz unerwähnt geblieben.

Aber auch die Großkapitalisten (Industrielle und Agrarier) klagten über die Konkurrenzunfähigkeit dem Auslande gegenüber. Natürlich gingen diese Herren nicht darauf ein, daß in allererster Linie die teuren Kredite an der Stillegung der Industrie schuld sind und dann die Nichtanpassung der Industrie an die neuesten Errungenschaften der Technik. Die Herren Wierzbicki und Konsorten nützten auch den Sejm dazu aus, um den Abgeordneten und dem In- und Auslande das Märchen aufzubinden, daß die Krise durch die hohen Löhne, den Achtstundentag, die Urlaube und die in Polen so geringen sozialen Versicherungen der Arbeiterschaft verursacht worden ist. Nur schwach wurde behauptet, daß die Steuerschraube ebenfalls schuld an der Krise ist. Die Herren gingen von der natürlich nicht ausgesprochenen Voraussetzung aus, daß, wenn die Errungenschaften der Arbeiterschaft niedergekämpft sein werden, sie auch mit der Regierung und der Steuerschraube fertig werden.

Die Linken betonten mit Recht, daß Grabski zu sehr Finanzpolitiker, zu wenig aber Wirtschaftspolitiker sei. Würde er beides zusammen sein, so wäre er imstande, Finanzen und Wirtschaft als ganzes zu behandeln. Der Optimismus Grabskis, den er mit seiner Redegewandtheit auf die Abgeordneten zu übertragen versucht hat, prallte aber daran ab, daß diejenigen Abgeordneten, die mit ihren Wählern in Verbindung stehen, dem Herrn Premierminister durch Reden und Zwischenrufe etwas anderes erzählten: von der großen Not im Lande und der geradezu verzweiflungsvollen Lage der breiten Massen der Bevölkerung.

Grabski versuchte durch Ziffern aus anderen Ländern, wie Deutschland und Tschechien, zu beweisen, daß diesen Ländern gegenüber Polen noch nicht zu schlecht dasteht. „Ich habe es schlimmer befürchtet", meinte er. „Es ist in Polen noch nicht zu schlecht." Mit diesen Worten tat er die heutige geradezu unmögliche Lage ab.

Es ist für jeden klardenkenden Menschen aber ein großes Wunder, aus dem Munde des verantwortlichen Mannes zu hören, daß er noch größere Befürchtungen hatte. Und trotzdem dachte und denkt der Herr Minister nicht daran, diesen geradezu unheimlichen Folgen durch entsprechende Anordnungen und Auswege zu begegnen. Er hatte eben einfach noch größere Befürchtungen. Daß die Krise aber abgewendet werden konnte und schließlich heute bekämpft werden muß, geht Herrn Grabski nichts an. Er hat sich eben darin verbohrt, der Ritter und Retter des Zloty zu werden. Dies als sein Verdienst zu buchen, ist ihm wichtiger als der Verelendung des Landes entgegenzuwirken.

Der Arbeitslosigkeit zu begegnen, billige, allerdings wertbeständige Kredite zu schaffen, Arbeitsmöglichkeit für die Massen durch öffentliche Arbeiten zu finden, die Regelung der unzulänglichen Preispolitik schnellstens vorzunehmen; alles dies dem Staate zu geben, haben Herr Grabski und seine Leute versäumt. Aber noch heute ist alles dies notwendig und muß geschaffen werden, sollen wir nicht in den Abgrund stürzen.

Herr Grabski muß den Mut aufbringen, der wirtschaftlichen Not in die Augen zu schauen. Man kann nicht nur an die Einnahmen und Ausgaben denken, ohne diejenigen zu vergessen, die diese Einnahmen aufbringen — das Volk selbst. Dabei werden die wichtigsten Probleme ebenfalls für später verschoben oder direkt fallen gelassen: Die Gesundung der Administration, der Auslandspolitik, die Regelung der Minderheitenfrage, die sozialen Versicherungen usw. Daß diese brennenden Fragen jetzt außer acht gelassen werden, hat dem Staate das Mißtrauen des Auslandes eingebracht. Und in Anbetracht dieses Mißtrauens kann Polen keine Anleihen bekommen, um die Sanierung ohne volkswirtschaftlich schädliche Erscheinungen durchführen zu können. Die Sanierung muß auf Jahre erstreckt werden, indem eine Auslandsanleihe die Lasten derselben auf eine Reihe von Jahren in Raten zerlegt. Und diese Anleihe heute zu bekommen, ist aus dem Grunde des vorhandenen Mißtrauens unmöglich. Volkswirtschaftlich falsch und direkt unausführbar bei der Finanzarmut unseres Landes ist Grabskis Plan, erst die Sanierung durchzuführen und dann an das Ausland heranzutreten. Es könnte dann bereits zu spät sein.

Die Parteien des Sejm kritisierten. Alle. Niemand aber will die Verantwortung übernehmen. Niemand will durch eine offene Unterstützung Grabskis die Verantwortung für den dem Staate drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch auf sich laden.

Und das ist für die polnischen Mehrheitsparteien, die Grabski trotzdem nicht stürzen wollen, bezeichnend. Alle sehen sie die Gefahr, niemand aber ist imstande, derselben zu begegnen.

Ist das Abrüstung?

Das Militär kostet uns die Hälfte unserer Staatsausgaben.

Das Budget für das Jahr 1924, das dem Sejm gegenwärtig zur Beschlußfassung vorliegt, enthält für das Militärwesen eine Ausgabenposition von 615,667,492 Zloty (1,108,201,485,600,000 poln. Mark). Diese Summe bildet 46 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Außerdem sind für militärische Betriebe 10,606,000 Zloty bestimmt. Auch hat das Kriegsministerium noch 40 Millionen Zloty an rückständigen Rechnungen vom vergangenen Jahre zu bezahlen, die heute schwer zu berechnen sind, da sie verschiedenartig valorisiert werden müssen. Es muß noch hinzugefügt werden, daß dem Kriegsministerium in diesem Jahre die erste Rate der französischen Anleihe im Betrage von 27 Millionen Zloty zur Verfügung steht. Die Ausgaben, die durch diese Anleihe gedeckt werden sollen, sind im Budget nicht enthalten. Wenn wir alle diese Beträge zusammenzählen, so erhalten wir die Summe von ungefähr 700 Millionen Zloty, also über 50 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Solch hohe Militärbudgets kann der Staat nicht ertragen, umsomehr, als es sich nicht um eine einmalige Ausgabe handelt. Man muß in Betracht ziehen, daß die Schaffung von Mobilisationsreserven für 6 Jahre vorgesehen ist. Dazu kommt die Entwicklung des Flugwesens und der Gaskriegsmittel, die Vergrößerung des Automobilparks, Anschaffung moderner Rüstungen und die Erhaltung einer großen Kavallerie, die durch die ungünstige Beschaffung der Grenzen des Staates bedingt ist. Der Bau eines eigenen Hafens wird ebenfalls eine Vergrößerung der Ausgaben für die Verteidigung der Küste nach sich ziehen.

Dagegen verschlingen die Militärausgaben Frankreichs nur 35 Prozent des Budgets und die der Tschechoslovakei nur 22.

Polen stürzt sich in einen wilden Taumel von Rüstungen. Wohin wird das führen?

Ein Mißtrauensvotum für den Staatspräsidenten.

Bei den Budgetdebatten im Sejm stellte der Klub der P. P. S. den Antrag, die Summe von 84,585 Zloty, die das Budget für die Zivilliste des Staatspräsidenten für 1924 vorsieht, um einen Zloty herabzusetzen.

Mit diesem demonstrativen Antrag will die P. P. S. dagegen protestieren, daß der Staatschef in der letzten Zeit den rechten Parteien den Vorzug gibt, daß er bei der Bildung der gegenwärtigen Regierung Parteilichkeit zeigte etc. Außerdem soll diese Demonstration auch gegen die Posener Rede des Staatspräsidenten gerichtet sein.

Geht Zamoyski?

Die Redner der P. P. S., der „Wyzwolenie" sowie die der N. P. R. werden in der Aussprache über das Budget des Außenministeriums die Tätigkeit des Außenministers Zamoyski einer scharfen Kritik unterziehen und dessen Rücktritt fordern. Ministerpräsident Grabski sucht zu verhandeln. Jedenfalls ist er gewillt, ein Mißtrauensvotum gegen Grabski nicht zuzulassen. Er wird wahrscheinlich im Sejm die Erklärung abgeben, daß Zamoyski in der nächsten Zeit um seinen Rücktritt nachsuchen werde. Als Zamoyskis Nachfolger wird Olszowski genannt. Erazm Pilz, ehemaliger Gesandter in Prag und jetzt die rechte Hand Zamoyskis, hat seinen Rücktritt bereits angeboten.

Polen vor dem Völkerbund.

Der Völkerbund beschäftigt sich gegenwärtig mit der Angelegenheit der deutschen Kolonisten in Polen. Im Zusammenhang mit den Nachrichten von dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die Beratungsathmosphäre für Deutschland günstig, umsomehr, als sich der Angelegenheit Lord Parmoor sowie Branting angenommen haben. Außerdem ist eine Klage Litauens gegen Polen Gegenstand von Beratungen. Litauen führt Beschwerde wegen der Unterdrückung der litauischen Schulen im Wilnaer Gebiet.

Frankreichs neue Regierung.

Zum Staatspräsidenten ist Doumergue gewählt worden. Sein Gegenkandidat war Painleve.

Dem von Herriot gebildeten Kabinett gehören an: Ministerpräsidium und Auswärtiges — Herriot, Inneres — Chautemps, Justiz — René Renault, Finanzen — Clémentel, Krieg — General Nollet, Marine — Dumesnil, Unterricht — François Albert, Oeffentliche Arbeit — Peytral, Ackerbau — Queille, Arbeitsministerium — Godard, Handel — Raynaldi, Kolonien — Daladier, Pensionen — Bovier-la Pierre, Befreite Gebiete — Dalbiez. Unterstaatssekretäre: Technischer Unterricht — Moro Gaffieri, Luftschiffahrt — Eynac, Post und Telegraphen — Robert, Handelsmarine — Leon Meyer.

Herriot ist der neue Mann, der Frankreichs Politik für die nächste Zeit bestimmen wird. Welcher Art diese Politik sein wird, geht aus seinen programmatischen Reden hervor, durch die er sich bereits vor der Regierungsübernahme festgelegt hat. Sie wird sich grundsätzlich von der Poincarés unterscheiden. Es ist jedoch verfrüht, schon jetzt mit einer schleunigen friedlichen Neugestaltung der europäischen Verhältnisse zu rechnen. Wir wollen es nicht verkennen, daß Herriot die besten Absichten für die Zukunft hegt. Doch einige Männer, die dem Kabinett angehören, bieten kaum die Gewähr, daß es ihm gelingen wird, sein politisches Programm restlos in die Tat umzusetzen. Die Nichtbeteiligung der Sozialisten an der Regierung bestätigt diese Befürchtung. Die Sozialisten, die sich mit Herriot als Ministerpräsidenten wohl einverstanden erklärt haben würden, konnten niemals einem Kabinett beitreten, dem Männer angehören, die während des Krieges laut den Rhein als Grenze gefordert haben. Die Sozialisten haben daher beschlossen, die Regierung Herriot nur bedingungsweise zu unterstützen. Herriot ist auf diese Unterstützung angewiesen. Und dies ist gut, denn das Verhalten der Sozialisten wird auf manche Regierungsschritte nicht ohne Einfluß bleiben.

In der Außenpolitik wird Herriot bestrebt sein, mit England zusammenzuarbeiten, das eine Verständigung mit Deutschland anstrebt. Dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dürfte nichts mehr im Wege stehen, da Herriot im Ausbau des Völkerbundes eine Sicherung für den europäischen Frieden sieht. Die Anerkennung Ssowjetrußlands ist nur eine Frage von Tagen. Herriot, der vor zwei Jahren in Moskau weilte, ist seit seiner Rückkehr stets warm für eine Verständigung mit Ssowjetrußland eingetreten.

Auf innerpolitischem Gebiet wird Herriot durch die allgemeine Amnestie sowie durch die Wiedereinstellung der wegen Streiks entlassenen Eisenbahner eine Bedingung der Sozialisten erfüllen. Die Heeresdienstzeit wird wahrscheinlich herabgesetzt werden. Vor allen Dingen wird er durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung sowie durch eine gerechtere Verteilung der Steuern die Versprechungen der Wahlzeit zu erfüllen suchen.

Im Auslande ist Herriot überall als Ministerpräsident begrüßt worden. Doch nicht immer sein ganzes Kabinett. In Deutschland hat besonders die Berufung des Generals Nollet, des Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland, zum Kriegsminister, neues Wasser auf die Mühle der Reaktionäre geliefert.

Die Sozialisten Italiens werden von Faschisten gemordet.

Wie der Faschismus in Wirklichkeit aussieht.

Mussolini, der Diktator Italiens, hat beim Zusammentritt der neuen Kammer in seiner Begrüßungsrede erklärt, daß er das Parlament als „letztes Experiment" des italienischen Parlamentarismus ansieht, falls es nicht gewillt ist, so zu tanzen, wie er pfeift. Gleich in den ersten Sitzungen, haben die Faschisten, die die Mehrheit bilden, den Oppositionsparteien ihre Macht fühlen lassen, wobei es zu regelrechten Prügeleien gekommen ist.

Bei uns im Sejm sind ja Tätlichkeiten auch nichts Außergewöhnliches. Doch so toll wie in der italienischen Kammer wird es bei uns doch noch nicht getrieben. Es klingt wie ein schlechter Witz, als einer der Vizepräsidenten, ein gewisser Giunta, das große Wort aussprach, es sei für ihn eine Kleinigkeit, einen Revolverschuß abzugeben. In einer der letzten Kammersitzungen wollte Giunta wirklich zum Frieden sprechen. Aber bei dieser ungewohnten Aufgabe rutschte ihm die Zunge aus, so daß er die Opposition als „Masnada" bezeichnete, was soviel wie Lumpenpack heißt. Dies hatte zur Folge, daß General Bencivenga, der der Opposition angehört, den Vizepräsidenten zum Duell forderte.

Gelegentlich der Besprechung des Budgets ergriff auch der Sozialist Matteoti das Wort, der die faschistische Regierung einer vernichtenden Kritik unterzog. Er forderte die Ungültigkeitserklärung der Wahlen, da die Faschisten durch Wahlterror sowie durch Schiebungen das Wahlergebnis gefälscht hätten. Es kam zu Prügeleien großen Stils, an die die römischen Gladiatoren eine wahre Freude gehabt hätten.

Das Direktorium der faschistischen Partei faßte daraufhin einen Beschluß, in dem es heißt, daß die Faschisten mit Gewalt der Opposition den Mund stopfen werden, falls es dieser noch einmal einfallen sollte, an dem Faschismus Kritik zu üben.

Dieser Beschluß hatte zur Folge, daß das faschistische Gesindel nun glaubt, die Sozialisten seien von der Regierung für gänzlich vogelfrei erklärt worden. Die Regierung, die sich diesen Strolchen gegenüber machtlos fühlt, sieht sich gezwungen, den führenden Männern der sozialistischen Parteien Geheimagenten zur Verfügung zu stellen. So weit ist's bereits in dem vom Faschismus gesegneten Italien gekommen! Aber daß auch diese Vorsichtsmaßregeln nichts helfen, beweist die gewaltsame Entführung des Sozialisten Matteoti, der durch seine scharfen Reden die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf sich lenkte. Der Polizeiagent, dem der Schutz des sozialistischen Abgeordneten oblag, erklärte, daß er Matteoti eine längere Strecke begleitet und ihn dann aus den Augen verloren habe. Da auf Matteoti bereits früher Attentate verübt wurden, so nahm man gleich von vornherein an, daß die Faschisten ihn für immer beseitigt haben. Nun ist die Leiche des Sozialistenführers in einer Seitenstraße von Rom gefunden worden. Der Körper wies 21 Schußwunden, 16 Dolchstiche und Striemen von Schlägen auf. Als die Anstifter der gewaltsamen Entführung und des scheußlichen Mordes werden die Führer der Faschisten von Toskana bezeichnet. Dieser Mord hatte zur Folge, daß das Kabinett Mussolinis ins Schwanken geriet und nur durch die Demissionen einiger hoher Beamter „gerettet" werden konnte. Mussolini erklärte im Parlament, daß die Regierung den Mord bedauere. Ein Sozialist forderte hierauf: die Regierung solle offen erklären, daß sie mit dem schändlichen Verbrechen nichts gemein habe. Als Antwort darauf stürzten sich die Faschisten auf die Sozialisten, so daß es zu großen Prügeleien kam.

Die Opposition antwortete auf diese Gewaltakte damit, daß sie dem Parlament gänzlich fernblieb. In einer Parlamentssitzung, an der nur Faschisten teilnahmen, gestand Mussolini, daß der Mord der Regierung und dem Faschismus großen Schaden gebracht habe. Mussolini selbst ist durch den Mord zerfahren. Er fühlt, daß er durch seine Verherrlichung des Faschismus und der von ihm gegen die Opposition angewendeten Methoden mit an dem Mord schuld sei.

Diese Ermordung wirft ein bezeichnendes Licht auf den Faschismus und die Rechtszustände in Italien, aber auch auf unsre Chjena, die den Faschismus auch bei uns einführen möchte.

AZ.

*

Des Mordes an Matteoti wird der Redakteur des „Courrier Italiano", Filipeti, verdächtigt. Mussolini hat bekanntgegeben, daß die Schuldigen scharfe Strafen erhalten werden. Infolge der Beunruhigung und der befürchteten Straßenunruhen zugunsten der Sozialisten, wurden die Parlamentssitzungen vertagt.

Der Verhaftete Faschist, Dumini, droht, sofern er nicht freigelassen wird, Geheimnisse zu enthüllen, die die faschistische Partei und die Regierung blosstellen würden.

Von faschistischer Seite ist man bestrebt, dem Mord den politischen Anstrich zu nehmen, indem man behauptet, daß Matteoti von persönlichen Feinden ermordet sei. Es wird verbreitet, daß die aufgefundene Leiche nicht die Matteotis ist. Diese Nachrichten klingen jedoch sehr unwahrscheinlich.

*

Im Zusammenhang mit der Entführung Matteotis soll das Gesamtkabinett Mussolini die Demission angeboten haben. Der Innenminister ist bereits zurückgetreten.

England vor Neuwahlen?

„Daily Expreß" meldet, daß die führenden Persönlichkeiten in den drei großen Parteien sich klar darüber sind, daß Neuwahlen in England wahrscheinlich im Herbst, spätestens einige Monate vor Weihnachten, stattfinden werden. Alle Parteien sind im Begriff, die Vorbereitungen für einen intensiven Sommerfeldzug für die Vorbereitung der Wahlkrise zu treffen. Wahrscheinlich wird die Regierung Neuwahlen auf Grund ihrer Vorschläge für die Abhilfe der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot herbeiführen, die wegen ihres weitreichenden Charakters den vereinten Widerstand der beiden bürgerlichen Parteien auslösen würden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Aufstand in Albanien. Durazzo wurde vorgestern durch die Aufständischen eingenommen. Die Bevölkerung hat sie gut aufgenommen. Zogu hat mit den anderen Ministern, begleitet von 150 Bewaffneten, die Berge von Mati erreicht und flüchtete gegen Jugoslavien. Die revolutionäre Regierung ist bereits gebildet worden.

Trotzki zur Kur nach Vichy. Wie aus Riga gemeldet wird, wird Trotzki, der neuerdings erkrankt ist, die französische Regierung um die Ermächtigung nachsuchen, in Vichy eine Kur durchmachen zu dürfen.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(Nachdruck verboten.)

(11. Fortsetzung.)

Der Abend im Familienkreis war ihr langweilig. Leo verkehrte mit den Eltern ohne besondere Zärtlichkeit, aber voll Achtung und Wärme. Sein Vater war ihm eine ebenso unbestrittene Autorität, wie Frau Karoline ein Gegenstand rücksichtsvollster Aufmerksamkeit.

„Vater wünscht es so," „Mutter hat es so eingerichtet," waren Wendungen, die er häufig gebrauchte.

Klaudia fand das rührend. Gerade von einem Mann, wie ihm. Adalise dagegen verzog jedesmal ein wenig spöttisch den Mund.

Wie komisch Leo das stand, diese Familiensimpelei. Ueberhaupt ging ihr der patriarchalische Ton im Hause Gottulan immer ein wenig auf die Nerven ...

Sie war froh, als man sich gegen Mitternacht endlich trennte.

Als sie unten in ihrem weißen Schlafzimmer vor dem Spiegel die Nadeln aus dem Haar zog, daß die rotgoldene Flut wie ein schimmernder Mantel um die nackten Schultern fiel, schlang ihr Mann von rückwärts die Arme um sie und vergrub das Gesicht in das gleißende Gespinst, dem ein leichter Duft wie Ambra, mit Veilchen gemischt, entströmte.

„Mein Süßes!! Du hast mir noch gar nicht gesagt, wie dir dein Nestchen hier gefällt?"

„Hübsch ist's, Leo!" antwortete sie, sich behaglich in seine Arme zurücklehnend, während sie eine duftende Veilchencreme auf ihren weißen Armen verrieb. „Vater hat wirklich viel Geschmack bewiesen."

„Dann magst du am Ende jetzt gar nicht gern mit mir nach Karolinenruhe gehen, du?" scherzte er. Aber Adalise schüttelte ihm lachend die Locken um das Gesicht.

„Im Gegenteil! Sehr gerne! Erstens habe ich dich dort allein für mich. Zweitens haben wir unendlich viel zu besprechen..."

„Du, da bin ich aber neugierig!"

„Abwarten!"

„Na, Hauptsache ist für mich jetzt, daß dir die Wohnung gefällt und du die törichten Villen-Phantasien aufgegeben hast!"

„Aufgegeben? Wer sagt das! Gewiß gefällt mir die Wohnung hier, aber nur — vorläufig! Immer möchte ich durchaus nicht hier wohnen!"

Er ließ sie langsam aus seinen Armen.

„Du bist ein kleines Dummchen!" sagte er halb scherzend, halb ernst. „Aber wir werden dich schon noch gescheit machen, daß es dir auf der ganzen Welt nirgends besser gefallen wird als im Gottulanhaus. Mir ist's ans Herz gewachsen und dir wird es ans Herz wachsen, verlaß dich darauf!"

Adalise lachte hell auf, daß es wie silberne Glöckchen durchs Gemach klang. — — —

Oben sagte Frau Karoline aufatmend zu ihrem Gatten: „Ich bin froh, daß der Abend überstanden ist! Mit Adalises Mutter weiß ich wirklich nichts anzufangen. Die Frau kann ja nur über das eine reden: ihre Schreiberei!"

„Wie der General über seine Infanterieuniformen. Dadurch wird die Unterhaltung wirklich ein bißchen anstrengend und — einseitig. Aber man versteht Adalise, wenn man ihre Familie kennen lernt. Die Leute haben ja alle einen Sparren und wissen dabei selbst nicht, was sie wollen. Klaudia ist noch die einzige, die ein bißchen Vernunft zu haben scheint, wenn sie's in der Umgebung nicht auch bald verlieren wird. Immerhin wäre sie für Leo eine viel passendere Frau gewesen, als dieses verwöhnte, selbstbewußte Dingelchen Adalise!"

„Aber Leo scheint doch überaus glücklich mit ihr zu sein, — Gottlob!" Herr Leopold zuckte zweifelnd die Achseln.

„Bah — nach zwei Wochen! Was will das sagen! Natürlich bildet er sich jetzt ein, sein Himmel hänge voll Geigen. Warten wir's ab!"

VII.

Während das junge Paar in Karolinenruhe weilte, wo es sich, wie Frau Karoline innig hoffte, ganz ineinander einleben würde, zog daheim bei Frau Cälia ein Gast ein.

Das war so gekommen.

Bei Hilberts standen Tür und Fenster sperrangelweit offen, und Minna arbeitete zwischen abgerückten Möbeln, aufgerollten Teppichen und Wolken von Staub herum.

Einmal hatte sie es ja der Gnädigen klar machen müssen: So eine Wirtschaft gäbe es nicht länger! Nie könne man gründlich aufräumen, weil die Herrschaften immer etwas brauchten, immer bedient werden mußten, bald nach diesem, bald nach jenem schickten: entweder die Gnädige nach Papier oder auf die Post, oder der General nach irgend einem Nachschlagewerk in die Bibliothek, oder das gnädige Fräulein brauchte Spiritus zum Haarbrennen, ein Band, ein Stück Besatz, ein Buch — na, Gott weiß, um was sie, Minna, alles laufen müßte! Warum? Nur, weil nie etwas zur rechten Zeit gekauft würde, und von nichts Vorrat da war. Gekocht müsse doch auch werden, und da wollte wiederum jeder etwas anderes. Und käme man endlich zum Zimmeraufräumen, hieß es immer nur: „Schnell, schnell, Minna, wie brauchen das Zimmer ja schon! Wir müssen arbeiten." Und wenn sie dann alle arbeiteten, die Gnädige an ihrer Schreiberei, der Herr General an seinem Werk, Herr Manfred an irgend einer Erfindung und Fräulein Klaudia au ihrer Näherei, dann hieß es wieder: „Nur leise, Minna, lassen sie das Aufräumen nebenan, der Lärm stört."

„Keine Einteilung ist nirgend und kein Einsehen!" schloß Minna empört. „Dafür sind wir jetzt soweit, — daß der Staub überall scheffelweis liegt und sich unsereins genieren muß, wenn mal Besuch kommt! Wie nämlich die Frau Gottulan, die mit so merkwürdigem Gesicht herumsah, daß ich sie am liebsten gleich wieder hinausgebeten hätte. Und jetzt muß einmal „gründlich" rein gemacht werden oder ... ich gehe!" (Fortsetzung folgt.)

Sejm.

Wie bereits berichtet, will Grabski an den Sejm mit einem neuen Ermächtigungsgesetz herantreten. Welch Aufnahme dieses Gesetz bei allen Parteien findet, geht daraus hervor, daß niemand von den Kommissionsmitgliedern freiwillig das Referat übernehmen wollte. Marschall Rataj entschloß sich daher, von seinem Rechte Gebrauch zu machen und bestellte Abg. Chacinski von der Christlichen Demokratie als Referenten für dieses Gesetz.

Das Geschmocke der „Neuen Lodzer Zeitung“.

Die „Neue Lodzer Zeitung“ hat nach dem Hinscheiden ihres Chefredakteurs A. Drewing einige neue Redaktionskräfte angestellt. Unter den neuen „Redakteuren“ ist auch ein Herr, der seine geistigen Produkte mit B. H. zeichnet. Dieser B. H., der anscheinend für den politischen Teil bestellt ist, kann es nicht unterlassen, den Auslandsmeldungen seine eigene Sauce hinzuzufügen.

Und so schreibt dieser Schmock in der „Neuen Lodzer Zeitung“ vom 11. Juni in „Schicksalsschwere Stunden Frankreichs“:

> „Diese drohende Eventualität (gemeint ist der Rücktritt Millerands sowie der der reaktionären Regierung Marsal. D. Red.) zu vermeiden und an Stelle des Extremen den goldenen Weg der Mitte bezw. des Kompromisses zu finden — ist die elementare Aufgabe des Augenblicks für die besonnenen, das Wohl des Staates über Parteiegoismus stellenden Politiker Frankreichs!“

Tags darauf schreibt derselbe „Politikus“ im Artikel „Rücktritt Millerands!“:

> „Die obigen kurzen, aber um so **inhaltsschweren** Telegramme aus Paris bestätigen nunmehr endgültig, daß in Frankreich eine neue politische Aera angebrochen ist, **dessen** segensreiche Folgen nicht nur das französische Volk, sondern ganz Europa sehr bald spüren wird. Die Demokratie, die jetzt in Frankreich das Steuer des Staatsschiffes definitiv an sich gerissen hat, wird der Wiederherstellung des so heiß ersehnten allgemeinen Friedens unter den gepeinigten und seit dem furchtbaren Jahre 1914 noch nicht zur Ruhe gelangten Völkern Europas in entscheidender Weise den Weg ebnen.“

Zuerst tritt der Schmock der „N. L. Ztg.“ für das Verbleiben des reaktionären Millerand und für den goldenen Weg der Mitte ein und beschimpft die französische Demokratie; dann wieder singt er Hymnen der französischen Demokratie und wischt Millerand eins aus. Es spielt dem famosen Redakteur keine Rolle. Er begießt abwechselnd Millerand und die französische Demokratie mit seinem geistigen Auswurf — immer getreu dem Grundsatz seines „großen“ Blattes: „Aby handel szedł!“

Lokales.

Herr Kohn kämpft mit der Regierung. Die Fabriken des Herrn Kohn in Widzew sind nach den letzten Vorfällen immer noch nicht in Betrieb gesetzt worden. Die Bemühungen der Arbeiterverbände, die mit der Firma direkt und durch Vermittlung des Arbeitsministeriums eine Verständigung herbeizuführen suchten, scheiterten an der Halsstarrigkeit des Widzewer Baumwollkönigs. Zu den Konferenzen in Warschau, die die Beilegung des Streites zum Ziele hatten, ist Herr Kohn einfach nicht erschienen. Sein Zynismus der Arbeiterschaft und der Regierung gegenüber ging so weit, daß er sich einfach versteckt hielt, damit ihm die Einladung zur Sitzung nicht eingehändigt werden konnte. Schließlich ist es vor einigen Tagen dem Ministerium gelungen, Herrn Kohn nach Warschau zu zitieren. Er erklärte dort, er müsse sich erst mit seiner Firma verständigen. Er stellte die Bedingung, daß die Arbeiter alles das widerrufen sollen, was die Zeitungen gegen diesen Herrn geschrieben haben.

Die Geduld des Ministeriums ist hierbei tatsächlich zu bewundern. Ein Herr, der noch vor wenigen Jahren ein ganz gewöhnlicher Sterblicher war, verfügt heute über die 7000 Arbeiter bezw. über 30000 Menschenleben wie es ihm beliebt. Was macht er sich aus Regierung und den Massen der Arbeiterschaft! Es ist hohe Zeit, daß die Regierung ihr strammes System auch den Herren Großindustriellen gegenüber anwendet. Der Betrieb muß einfach unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Es ist unzulässig, daß ein Mensch mit dreißigtausend Personen, ja sogar mit der Regierung selbst, Fangball spielt. Wir erwarten, daß das Ministerium endlich handelt.

Wie werden die Urlaubslöhne berechnet? Nach einer Aufklärung des Arbeitsministeriums dienen als Grundlage für die Berechnung des Urlaublohnes die letzten 3 Monate. Der Gesamtverdienst während dieser Zeit ist durch die Zahl der Tage, an denen tatsächlich gearbeitet wurde, zu dividieren. Der erhaltene Tageslohn ist dann mit der Anzahl der Urlaubstage zu multiplizieren. Durch diese Erklärung hat sich das Arbeitsministerium auf den Standpunkt der Arbeiterschaft gestellt. Maßgebend sind also nur die Tage an denen gearbeitet wurde, nicht wie bisher die Industriellen erklärten, der Lohn der letzten 13 Wochen ohne Rücksicht darauf, ob in dieser Zeit viel oder wenig gearbeitet wurde.

Zum Kampfe mit der Arbeitslosigkeit. Gestern sprach eine Delegation der P. P. S. und der Klassenverbände im Magistrat vor. Die Delegation forderte Hilfe für die Arbeitslosen und eine gerechte Anstellung der Arbeiter bei den öffentlichen Arbeiten, da die Arbeiter des Klassenverbandes nicht zugelassen werden. Stadtpräsident Cynarski versprach, daß er inbezug auf die letzte Frage entsprechende Anordnungen erlassen werde. Was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst betrifft, so hat sich der Magistrat an die Regierung mit der Bitte um Gewährung von 300 000 Zloty aus dem Arbeitslosenfond der Regierung gewandt.

Die „Lodzer Volkszeitung“ und der Magistrat. Während der Generalbesprechung des Budgets in der vorletzten Sitzung des Stadtrats stellte Stv. Dr. Schweig u. a. den Antrag, der Magistrat möge zu den von ihm bereits abonnierten Zeitungen auch einige jüdische Blätter sowie die deutsche „Lodzer Volkszeitung“ beziehen. Herr Vizepräsident Wojewódzki antwortete hierauf, daß die jüdischen Zeitungen im Magistrat niemand lesen könne. Die Adresse der deutschen „Lodzer Volkszeitung“ hat Herr Wojewódzki sich notiert.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß der Magistrat von 18 ausländischen Fachzeitungen allein 13 deutsche und den Rest, also nur 5, französische abonniert. Man sieht hieraus, aus welchen Fachzeitschriften und in welcher Sprache der Magistrat der Chjena und N. P. R.-Leute sein Wissen schöpft.

Wahl einer Revisionskommission des Magistrats. Auf der vorletzten ordentlichen Sitzung des Stadtrats wurde für Prüfung des gesamten Kassenwesens, der Kassenbücher und der Kassenbelege eine besondere Revisionskommission gewählt. Diese Kommision, die demnächst zusammentreten wird, besteht aus den Stadtverordneten Sz. Bialer, K. Dworżniecki, J. Fiedler, Otto Graß (D. A. P.), A. Idżkowski und J. Lipski.

Der jüdische Abgeordnete Minzberg verzichtet auf seine Sprache. In der letzten Sitzung des Lodzer Stadtrats ergriff bei der Besprechung der Frage der Abendkurse nach Stv. R. Klim der Stadtverordnete und Sejmabgeordnete Minzberg (orthodoxer Jude) das Wort und forderte auch für die jüdische Jugend die Fortbildungskurse. Abg. Minzberg erklärte, daß es nicht gerade notwendig sei, diese Kurse in jüdischer Sprache zu halten, es könne dies seiner Ansicht nach auch die polnische sein. Dieser Minderheitenvertreter wurde von den Stv. Dr. Schweig und Holenderski, die bekanntlich für die Einführung der jüdischen Fortbildungskurse eintraten, zurechtgewiesen.

Was sagt der jüdische Sejmklub zu der mehr als sonderbaren Ansicht des Abg. Minzberg? Der jüdische Sejmklub, der stets tapfer für die Rechte der Minderheiten eintritt, wird sicher nicht verfehlen, Herrn Minzberg, da dieser selbst nicht weiß, was er seinen Wählern schuldig ist, mit dem nötigen Nachdruck auf sein ungebührliches Auftreten aufmerksam zu machen. Herrn Minzberg müßten die Extratouren für immer verleidet werden.

Pastor Otto Engel aus Milwaukee im Staate Wisconsin, Nord-Amerika, ist in Polen zu einem zweijährigen Aufenthalt eingetroffen. Er beabsichtigt Polen und die baltischen Staaten zu bereisen. P. Engel ist in Alexandrowo geboren und hat seine Ausbildung in Amerika genossen. Die Amerikaner besitzen Distrikts-Synoden in Brasilien, Argentinien, Australien, Neu-Seeland und Deutschland. Es besteht die Hoffnung, daß mit der Zeit auch hier in Polen eine amerikanische Synode sich bilden wird.

Tragischer Tod eines Radfahrers. Am Sonntag nachmittag wollte ein junger Radfahrer in der Nähe von Helenówek noch vor der Durchfahrt des heransausenden Zuges den Schienenstrang passieren. Er hatte jedoch die Strecke falsch berechnet gehabt, so daß er unter die Räder der Lokomotive geriet. Der leichtsinnige Radfahrer, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, war auf der Stelle tot.

Die Aufwertungsverordnung in deutscher Uebersetzung. Im Verlag von A. Dittmann in Bromberg ist in Heftform die neue Aufwertungsverordnung, verfügt vom Staatspräsidenten, erschienen. Sie ist von Rechtsanwalt Spitzer mit einem kurzen Ueberblick als Einleitung, sowie den notwendigen Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen versehen worden. Das Heftchen dient somit als wichtige Orientierungsschrift. Der Preis ist 1 Zloty, nach außerhalb 1,10 Zloty.

Die deutsche Volksschule Nr. 96, Leiter Herr Köppe, feiert am Donnerstag, den 19. Juni, bei Herrn Józwiak im Wäldchen von Marysin das diesjährige Schulfest. Bei ungünstigem Wetter findet das Fest am darauffolgenden Sonntage statt. Um zahlreiches Erscheinen der Eltern wird gebeten.

Juden hinaus!!

Seit etwa 4 Wochen befindet sich im Garten an der Petrikauerstr. 113 ein Büffet für das Publikum. Der Garten ist Eigentum der Bank „Bank Polskich Kupców i Przemysłowców Chrześcijan“; das Büffet in diesem ist jedoch an einen Gastwirt für den Verkehr verpachtet. Am Mittwoch, den 11. ds. Mts. besuchten den in Rede stehenden Garten u. a. auch zwei Herren, deren Aussehen verriet, daß sie der mosaischen Konfession angehören, und nahmen an einem der für das Publikum bestimmten freien Tische Platz, um nach des Tages Last und Hitze bei einem Glas Bier noch einige Stunden erfrischende Gartenluft zu genießen.

Doch weit gefehlt! — Der Direktor der genannten Bank, ein Herr Roszak, der gerade im Garten anwesend war, empörte sich sichtlich darüber, daß es Angehörige der jüdischen Konfession wagen, einen öffentlichen Garten im Hause bezw. auf dem Grundstück einer angeblich christlichen polnischen Bank zu besuchen, und forderte den Kellner des Gartenlokals energisch auf, diesen beiden Herren unverzüglich die Tür zu weisen, da hier kein Platz für Juden sei. Der Kellner kam dem Befehl des gestrengen Herrn christlich-polnischen Direktors in verschämter Weise nach, worauf die betreffenden zwei Herren ganz verblüfft das Gartenlokal verließen.

Das der blinde Nationalitätenhaß des „Polskie Koło Narodowe“, zu welcher Partei auch Herr Direktor R. zählt, soweit gehen wird, einen Angehörigen einer nichtchristlichen Konfession sogar frische Luft zu verbieten, hätten sich die betr. zwei Herren sicher nicht träumen lassen.

Ob der Direktor der „Bank Polskich Kupców i Przemysłowców Chrześcijan“ auch seine Bankgeschäfte und den Valutahandel so streng konfessionell einstellt, ist eine andere Frage! Wie oft und wie viel Wechsel jüdischer Herkunft, woran etwas zu verdienen war, dürfte er wohl schon diskontiert oder einkassiert haben?

O. X.

Frühjahrsmüdigkeit.

„Ich bin den ganzen Tag müde.“ Die Klage kann man um die jetzige Zeit häufig hören, und der Zustand, der ihr zugrunde liegt, braucht nicht immer in Ernährungsschwierigkeiten zu suchen sein. Der Volksmund hat ihn mit dem Namen „Frühjahrsmüdigkeit“ bezeichnet. Diese Frühjahrsmüdigkeit entspringt einem Mangel an Blut und Sauerstoff im Gehirn.

Die Arbeit während des Tages entzieht uns hiervon soviel, daß wir erst eines mehrstündigen Schlafes bedürfen, um das Fehlende zu ersetzen. Auch selbst nach einer reichlicheren Mahlzeit stellt sich jene Müdigkeit ein, die lediglich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die Blutgefäße der Verdauungsorgane während deren erhöhter Tätigkeit eine weit größere Blutmenge wie gewöhnlich für sich in Anspruch nehmen und so das Gehirn momentan blutleerer machen als sonst. Die Hauptgefäße unseres Körpers aber füllen sich während der eintretenden warmen Frühlingstage wieder auf Kosten des Gehirns stärker mit Blut, der Sauerstoffverbrauch wird ein größerer und deren Erschlaffung respektive Müdigkeit der übrigen nicht daran profitierenden Organe, ja des ganzen Körpers, ist die unausbleibliche Folge. Wir müssen daher zur Lenzzeit, in der unserem Blut durch die eintretende Wärme und die damit verbundene Transpiration mehr Wasser entzogen wird — ob der es gewissermaßen mehr „eindickt“ —, dafür Sorge tragen, „daß der ganz besondere Saft“, wie Goethe den roten Lebensquell genannt hat, durch geeignete leichte Kost und leichte Getränke dünnflüssig erhalten bleibt. Hier spielen Salate, grüne Gemüse und Kompotte eine ausschlaggebende Rolle.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Eine deutsche Wählerversammlung fand hier unter Vorsitz des Herrn A. Bengsch am vergangenen Sonnabend abend statt. Aus Lodz erschienen zu derselben Sejmabgeordneter Artur Kronig mit Stadtverordneter Ludwig Kuk. Stadtverordneter L. Kuk machte die Versammelten in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen in den Alexandrower Stadtrat mit der kommunalen Gesetzgebung sowie mit den den Selbstverwaltungen durch die neue Wahlordnungsvorlage drohenden Gefahr bekannt. Die Wahlordnungsvorlage beabsichtigt, den Einfluß der Arbeiterschaft und der Minderheiten in den Selbstverwaltungen zu kürzen. Stv. Kuk betonte, daß zur Verteidigung auch der völkischen Interessen die Deutschen Alexandrows sich eine ihrem Kräfteverhältnis entsprechende Vertretung im Alexandrower Stadtrat dadurch sichern müssen, daß kein Deutscher an der Wahlurne fehlen darf.

Abg. Kronig berichtete über das Budget des Staates und die politische Einstellung der Regierung. Auch die gegenwärtige Regierung habe fast 50 Prozent der gesamten Staatsausgaben für Militärzwecke bestimmt, während die Kulturbedürfnisse unbeachtet bleiben. Redner berührte die Tätigkeit des Sparkommissars, der sich nicht von staatlichen Notwendigkeiten, sondern von Parteiinteressen leiten läßt, sowie die Lage der Minderheiten in Polen, die sich heute derart verschlimmert hat, daß selbst die Staaten des Auslandes für die Minderheiten eintreten müssen.

Zum Schluß sprach Abgeordneter Kronig über die bevorstehenden Stadtratwahlen und die Bedeutung derselben für die deutsche Bevölkerung Alexandrows. Die Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Mit der Durchführung der Wahlen befaßt sich ein Spitzenausschuß unter dem Vorsitz des Herrn A. Bengsch. Nach der Versammlung fand eine Sitzung des Vorstandes der Ortsgruppe der D. A. P. statt, in der die Stellungnahme der Partei zu den Wahlen festgelegt wurde.

Czenstochau. Der Kampf gegen die Arbeiterschaft. Am 24. Mai wurden die Arbeiter der Eisenhütte in Rakow bei Czenstochau entlassen und die Hütte geschlossen. Die Arbeiter haben von der Hüttenverwaltung jedoch seit vier Wochen keine Löhnung erhalten. Als sie sich am 6. Juni an die Hüttenverwaltung wandten und energisch die Auszahlung des Lohnes forderten, wurde die Polizei gerufen, die die Arbeiter auseinandertrieb. Derartige Formen hat der Kampf des Kapitals mit der Arbeiterschaft bereits angenommen. Wo bleiben da die Gesetze? Wo bleibt das konstitutionell verankerte Recht auf Arbeit? Ob die Herren Industriellen den Bogen nicht zu stark spannen?

Von der deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerratsitzung. Am kommenden Sonnabend, den 21. Juni, um 7 Uhr abends, findet die ordentliche Vertrauensmännersitzung statt. Da wichtige Angelegenheiten zu beraten sind, ist das Erscheinen aller Vertrauensmänner notwendig.

Diskussionsabend. Der für Montag angesetzt gewesene Bericht des Stadtverordneten Otto Graß konnte nicht stattfinden, da die Renovierung des Saales an der Andrzejastraße Nr. 17 noch nicht fertiggestellt war. Die Versammlung mußte daher für den kommenden Montag, den 23. Juni l. J., verlegt werden.

Sport.

Schauturnfest des Deutschen Gymnasiums.

Am Sonntag fand auf dem Sportplatz im Helenenhof das diesjährige große Schauturnfest des Deutschen Gymnasiums statt. Die sehr zahlreich erschienenen Lodzer Deutschen konnten sich erneut davon überzeugen, daß im Deutschen Gymnasium Wert auf die sportliche Ausbildung der Zöglinge gelegt wird. Die gebotenen Darbietungen können durchweg als gelungen angesehen werden. Besonders eindrucksvoll gestalteten sich die Freiübungen von fast 600 Knaben und Mädchen. Die rhythmischen Freiübungen waren ebenfalls gut. Großen Beifall fanden die Tänze der Mädchen. Das Geräteturnen wies auch einige sehr schöne Leistungen auf. Den Schluß krönten 5 große Pyramiden. Für die Veranstalter sowie für den Leiter war das Schauturnfest ein großer organisatorischer Erfolg. Und wir, die wir Zuschauer sein durften, gingen mit dem erhebenden Bewußtsein nach Hause, daß die deutsche Jugend sich sehr tapfer hielt und mit Leib und Seele dem Sport ergeben ist. Und dies ist gut, denn nur ein gesunder Körper kann auch die Seele gesund erhalten.

Fußballwettspiele.

Die am Sonntag in Lodz ausgetragenen Fußballwettspiele hatten nachstehende Ergebnisse:

Kamraterna (Schweden) — Touring-Club 3:2 (1:1)
Sp.-V. Troppau (Tschechoslovakei) — Ł. K. S. 1:1 (0:0)

Meisterschaftsspiele der B-Klasse:

R. T. S. Widzew — G. M. S. 3:0 (3:0)
Kaniow — Zgierzer Sportverein 2:0
H. K. S. — Masowia 2:0

Meisterschaftsspiele der C-Klasse:

Amateure — Kadimah 3:0
Rapid — Sparta 11:1
Elektrotechniker — Orlę 18:0 (!)
Gendarmerie — Ł. K. S. III 2:2

Im Straßenlauf des „Kurjer Łódzki" siegten: 1. Franciszek Przytuła, „Prosna"-Kalisch, 2. Otto Zerbe, „Sturm", 3. Starosiak Zdzisław, 4. Jan Tadusiewicz, 5. Abram Fraint.

Uruguay—Pogoń. Der Lemberger „Pogoń" hat für den 20. Juli den Olympiameister im Fußballspiel nach Lemberg zu einem Gesellschaftsspiel eingeladen.

Weltolympia des Arbeitersports.

Der gesamte Arbeitersport in allen Ländern beginnt jetzt zu der internationalen Olympia, die Ende Juli 1925 in Frankfurt am Main abgehalten werden soll, zu rüsten. Am 1. Juli d. J. soll die erste Nummer der im Kupfertiefdruckverfahren hergestellten Festschrift herauskommen; sie erscheint mit Textbeilagen in vier Sprachen, die in den betreffenden Ländern hergestellt werden. Eine in der Osternachwoche stattgefundene Internationale Konferenz hat die letzten Beschlüsse für die Vorbereitung gefaßt. Dabei ist auch die Frage der Zulassung der sogenannten Roten (Moskauer) Sportinternationale erörtert worden. Das Frankfurter Stadion geht seiner Vollendung entgegen und verspricht eine vorbildliche Anlage zu werden. Es wird durch die erste Arbeiterolympiade der Welt eine seltene Weihe erhalten.

Die Olympiade in Frankreich.

Die Nennungen zum modernen Fünfkampf, Segeln und Ringkampf.

Für den modernen Fünfkampf haben sich 14 Nationen gemeldet. Es sind Belgien, Dänemark, England, Finnland, Holland, Italien, Norwegen, Frankreich, Vereinigte Staaten, Polen, Schweden, Argentinien, die Tschechoslovakei und die Schweiz.

Im Segeln werden 16 Nationen konkurrieren und zwar: Belgien, Cuba, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, England, Holland, Italien, Monaco, Norwegen, Polen, Argentinien, Schweden, die Schweiz und die Tschechoslovakei.

Im griechisch-römischen Ringkampf messen sich Oesterreich, Belgien, Dänemark, Aegypten, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Ungarn, Italien, Japan, Lettland, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Schweden, die Tschechoslovakei, die Türkei und Jugoslavien.

Aus aller Welt.

Der Schlafwandler auf dem D-Zug. Auf der Fahrt des Nachtschnellzuges von Drontheim nach Kristiania bekam ein Passagier eines Schlafwagens, der Schlafwandler ist, einen Anfall; er zerschlug mit beiden Händen das Fenster eines Coupes und kletterte auf das Dach des Wagens, wo ihn ein Schaffner zufällig entdeckte und alles versuchte, um ihn aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Glücklicherweise waren auf der Strecke keine Tunnels zu passieren, sonst wäre der romantische Passagier ohne Zweifel getötet worden.

20 Menschen bei einem Hotelbrand ums Leben gekommen. In Newark, Vereinigte Staaten, brannte ein großes Hotel ab. Wie verlautet, seien hierbei 20 Personen ums Leben gekommen.

Große Erdrutschkatastrophe in Kiew. Die „B. Z. am Mittag" berichtet aus Moskau: In Kiew hat sich eine große Erdrutschkatastrophe ereignet. Die Ufer des Dnjester haben in mehreren 100 Meter Länge nachgegeben. Mehrere Häuser, darunter das berühmte Mazeppa-Haus, sind zusammengestürzt. Der große Kaufmannspark ist in einer großen Schlucht verschwunden, nur die Kronen der Bäume sind zu sehen.

Eine deutsche Schule in Moskau. Aus Moskau trifft die Nachricht ein, daß wieder eine deutsche Schule ins Leben getreten ist und zwar eine Schule erster Stufe mit vier Gruppen, die am 30. März ihre Arbeit begann. Sie soll allmählich zu einer neunklassigen Schule erweitert werden. 121 Kinder konnten aufgenommen werden, darunter eine ganze Reihe von Kindern deutscher Emigranten. Die Mehrzahl der Kinder entstammt jedoch deutschen Familien, die lange in Moskau ansässig sind. Dem Programm der Schule ist das neue Programm der einheitlichen Arbeitsschule zugrundegelegt. Die Unterrichtssprache ist deutsch. Die deutsche Schule ist als Musterschule für das höhere deutsche pädagogische Zentral-Technikum gedacht.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	13. Juni	17. Juni
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,40	22,40
Dollar	5,185	5,185
Schw. Frank.	91,50	91,56
Franz. Frank	27,45	28,52
Belg. Frank	23,67	24,78
Goldbons	—,70	—.74

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.